

## Frauenfragen nicht gefragt?

Von Gleichstellung  
noch keine Spur

In vielen Städten der Bundesrepublik längst kein Thema mehr, rangeln Frauen für Frauen in Witten immer noch um Gleichberechtigung und politische Mitsprache. Allein die Forderung nach einer "Frauengleichstellungsstelle" im Rathaus liegt seit einem Jahr und länger auf dem Tisch. Verwaltungsvorlagen, Sitzungsprotokolle sind geduldig. Personalkosten bewilligen, Räume beschaffen, dem nähert man sich allenfalls im Schneckentempo. Die Männer, Politiker wie Stadtverwalter, scheinen auf dem Ohr schwerst hörgeschädigt.

Landauf, landab das gleiche Bild, Männer geben den Ton an, dirigieren, was gespielt wird, in der Politik nicht anders als in der Wirtschaft, Frauen spielen, wenn überhaupt, dann allenfalls die vierte Geige. Witten bildet da keine Ausnahme. Bei allem Stolz auf die seit Kriegsende jetzt 40 Jahre lang erfolgreich praktizierte Gemeindeverfassung, eine Bürgermeisterin, eine Stadtdirektorin hat Witten noch nicht erlebt. Erstmals seit die GRÜNEN dem Stadtrat angehören, steht eine Frau an der Spitze einer Fraktion, Birgit Legel, die Fraktions-Sprecherin.

Nun wäre mit einer Parität zwischen Frauen und Männern in den Chefzimmern schon viel erreicht. Mit Chancengleichheit auf der Karriereleiter allein dürften sich die Frauen jedoch nicht abspesen lassen. Frauen müssen besondere Vorrechte, besondere Hilfen beanspruchen können, in bestimmten Bereichen wenigstens, sollen, wollen sie den Männern annähernd gleichgestellt dastehen. Frauen werden hinter vorgehaltenen Trauscheinen verprügelt. Frauen werden überfallen und vergewaltigt. Frauen werden zur Prostitution gezwungen. Frauen verbluten auf den Küchentischen finsterner Hinterhofpraxen. Gleichberechtigten, Gleichbehandeln wird diesen Frauenbelangen nicht gerecht. Nicht alles liegt im Bereich des kommunalpolitisch Möglichen. Andererseits: Keine Frau hat je von einem Bürgermeister das Anheben der Witwenrenten verlangt.

Wenn fast ausschließlich Männer die Chefsessel besetzt halten, muß das nicht zwangsläufig eine frauenvernachlässigende oder gar frauenfeindliche Politik bedeuten. Den Beweis dieser Annahme blieben die Politiker bislang aber schuldig, Bundespolitiker ebenso wie Kommunalpolitiker. Hier 12.000 Mark für den Meistertitel einer Ringer-Riege, mal eben abgemacht, da 40.000 Mark für einen neuen Dienstwagen des Bürgermeisters, selbstredend veranschlagt,

acht Amtsleiterstellen zwei Gehaltsstufen höher besoldet, 180.000 Mark Mehrkosten im Jahr, ein Klacks, unter Männern - wollen Frauen mal ein paar Scheine sehen, die sie für sich oder für andere benötigen, wird jeder Pfennig gehütet wie des Stadtkämmerers Augapfel. Bevor eine Mark fließt, werden Zuständigkeiten abgecheckt, Richtlinien durchforstet, Bedarfsanalysen ermittelt.

"Frauen helfen Frauen e.V.", vereint tragen und leiten knapp 30 Frauen die Initiative "Autonomes Frauenzentrum" an der Schlachthofstraße. Wenngleich keine durchlaufenden Bande bestehen, knüpfen diese Frauen doch an die Aktivitäten einiger Vorstreiterinnen, die bereits in den frühen 70er Jahren eine "Frauengruppe" bildeten in Witten, beheimatet anfangs im heftig befehdeten Jugendzentrum am Humboldtplatz. Namen, etwa Gudrun Pauly, Eva Kolsch, Gudrun Dönhoff, springen ins Gedächtnis ebenso wie der Paragraph 218 des Strafgesetzbuchs, der beinahe jeden Abbruch einer Schwangerschaft bestraft wissen wollte, der schließlich doch geändert wurde, nicht "radikal" genug geändert, nicht abgeschafft wurde, wie viele der Frauen noch heute bedauern. ("Ob Kinder oder keine - entscheiden WIR alleine!")

Ökologisches, Lebensgrundsätzliches ergriff das Bewußtsein nicht allein der Frauenwelt. Eine GRÜNE-Frauengruppe entstand. Parteipolitiklastig, sagten einige, schieden wieder und bildeten eine eigenständige, eine "autonome" Frauengruppe. ("Haben schon zu lang gewartet. Helfen kann uns nur die Wut.") Mehr sozialarbeiterisch wollten sie wirken, helfen, sich der Betroffenen weniger verbal als tatkräftig annehmen. Räume wurden gefunden in dem jetzt leerstehenden Haus an der Bahnhofstraße dem "Kaffeehaus" gegenüber, wo sich die Frauen trafen, wo ratsuchende, hilfsbedürftige Frauen hinkommen konnten. Einige Frauen dieser autonomen Gruppe wohnten in dem Haus. Kamen Frauen, Striemen im Gesicht, Würgemale am Hals, wurden sie dort geschützt, vorübergehend beherbergt, einquartiert. Das erwies sich bald als zuviel des Guten. Susanne Menge, damals dabei: "Den ganzen Tag mit Frauen, die von ihren Männern geschlagen, mißhandelt wurden, in einem Zimmer zusammen leben, das packst du auf die Dauer nicht. Die meisten sind dir völlig fremd. Mit einigen versteht man sich allmählich ganz gut. Die haben aber kein Geld. Und wenn sie dann noch ihre Kinder mitbringen, das ist allein vom Finanziellen her nicht machbar. Du hast einfach kein Privatleben mehr."

Städtischerseits anerkannt und gefördert, sollte weitergeführt werden, was privat nicht länger bewältigt werden konnte. Die Stadt

solle ein Frauenhaus einrichten, wurde gefordert. Einen entsprechenden Antrag an den Stadtrat heranzutragen, nahm keine der drei Ratsfraktionen (SPD, CDU und FDP) auf sich. Die Frauen der "Frauenhaus-Initiative" wandten sich mit einem Bürgerantrag an den Vorsitzenden des Sozialausschusses. Dort mußte man sich schließlich damit befassen. Nicht bei der Stadt, beim Kreis liege die Zuständigkeit, entledigte man sich dieses leidigen Themas. Im übrigen: Da in den Nachbarstädten Bochum und Dortmund Frauenhäuser bereitstehen, sehe man nicht den Bedarf eines weiteren Frauenhauses in Witten ("Die Frauen sind immer untergebracht worden").

Die Frauenhaus-Initiative richtete ihr Begehren an den Kreistag. Die Kreistags-Abgeordneten teilten die Ansichten ihrer Kollegen im Stadtrat. Nebenbei stehe das erforderliche Geld nicht zur Verfügung, sagten sie. Etwa 47.000 Mark hätten erst einmal gereicht, erinnert sich Inge von Keitz (SPD), eine von zwei Frauen, die sich vor knapp vier Jahren, Sommer 1982, im Stadtrat für das Vorhaben stark gemacht haben. Sie mißbilligt den ablehnenden Entscheid ebenso wie die wenig stichhaltigen Argumente, die ihn rechtfertigen sollten. "Ich finde es sehr schade", sagt Inge von Keitz, "daß die Stadt damals die Zuständigkeit weiterreichte und daß der Kreis das Frauenhaus nicht genehmigt hat. Ich glaube nicht, daß die Zahl der Fälle hier zu gering ist, um den Aufwand zu lohnen. Ich habe mich erkundigt, bei meinem Hausarzt, in der Nachbarschaft, und gerade die Ärzte sagen immer wieder, daß die Zahl mißhandelter Frauen ziemlich groß ist. Ein Frauenhaus ist notwendig, besonders für Frauen, die keinen Beruf und damit keine Möglichkeit haben, Geld zu verdienen, vielleicht auch im Umgang mit Behörden ungeschickt sind, daß sie in der Hinsicht beraten werden, vor allem, daß sie erst einmal Aufnahme finden."

Das Gerede, das Verhalten der Bürgervertreter, das Ergebnis des Ganzen - die Frauen der

"Frauenhaus-Initiative" waren empört. Von Politikern, von Ämtern, Kompetenzen und Instanzen wollten, wollen sie nichts mehr wissen. Susanne Menge: "Wir haben uns damals viel Mühe gegeben, Vorschläge erarbeitet, Kostenberechnungen erstellt, Anträge geschrieben, alles umsonst."

"Autonomes Frauenzentrum" schrieben sie auf ihre Fahnen, autonom von jeglichen Abhängigkeiten, jeglichen Kompromißzwängen mit Bürokraten und anderen Männern. In Arbeitsgruppen sprechen sie über Gewalt gegen Frauen, über die Gefahren der Gen-Technologie, lesen Klassiker wie Karl Marx, hinterfragen deren Frauenverständnis.

Aktuelle Bücher werden besprochen, Filme. Presseberichte werden gesammelt (Reinhild König: "In den Zeitungen sind immer die Frauen schuld, wenn sie vergewaltigt werden."), Zeugnisse von "Gewalt in der Sprache" verwahren die Frauen in einem Archiv.

Kirchliches oder Halbstaatliches, "Pro Familia" etwa, ist nicht jederfraus Sache. Wer von Frau zu Frau Rat sucht, Hilfe braucht, die Autonomen verstehen sich nach wie vor als Ansprechpartnerinnen. Eine Ärztin, mit vereint, stellt ihr Wissen in diesen Dienst. Dennoch liegt ihnen die soziale Ader nicht mehr wie früher am Herzen. Nicht als freiwillige Blitzableiter des Sozialamts, nicht als "Handlanger für Schönheitsreparaturen" (Reinhild König) wollen sie gelten, politisch und kulturell wollen sie wirken, als "Sand im Getriebe", ohne die Utopie einer frauengerechten Gesellschaft aus dem Auge zu verlieren. Dementsprechend beargwöhnen sie den Plan einer "Frauengleichstellungsstelle". Eine "Frauengleichstellungsstelle" in Sprechzimmerform ("Die nächste, bitte!") fördere die "Vereinzelung der Frauen" und behindere somit deren dringend erforderlichen Schulterschluß, sagt Reinhild König. "Frauengleichstellungsstelle ändert nichts an Machtgefälle", so der Titel eines Rundschreibens.

Die Frauen im Stadtrat hingegen befürworten

**Laden „b“**

**Sachen**

**TEE**

Johannisstraße 12  
Am Busbahnhof

Jede Menge neuer **Geschenkideen.**

Dazu die neue **Frühjahrsmode.**

Informieren Sie sich unverbindlich

bei einer gemütlichen Tasse Tee.



**TEE  
GEWÜRZE  
GESCHENKE**

eine "Frauengleichstellungsstelle". Ebenso Friedhelm Trepper, der Bürgermeister: "Ich begrüße das durchaus."

Des Bürgermeisters Wort in des Stadtdirektors Ohr wünscht sich auch Inge von Keitz. Reinhard Wiederhold ließ im September vergangenen Jahres eine Vorlage erarbeiten. Personalkosten, Sachkosten werden dargelegt - 180.000 Mark im Jahr würde die Gleichstellungsstelle etwa kosten - und für das Beschaffen geeigneter Büroräume werden Vorschläge gemacht, ebenso für das Klären der dienstrechtlichen Fragen, allerdings nicht, ohne abschließend zu mahnen: "Gemessen an dem dringenden Stellenbedarf vieler Fachämter, der angesichts der wieder deutlich schwieriger werdenden Haushaltslage ganz sicher nicht befriedigt werden kann, sollte die Dringlichkeit und Notwendigkeit einer ausschließlich hauptamtlich besetzten Gleichstellungsstelle noch einmal ernsthaft überdacht werden."

Den Antrag hatte die GRÜNE-Fraktion eingebracht, Anfang 1985, nicht zuletzt auch ange-regt von Beispielen in Nachbarstädten wie Dortmund, Essen, Hagen, wo Frauenbeauftragte seit längerem frauliche Belange hauptamtlich vertreten. Maßgeblich die Frauen in der CDU-Fraktion glauben, ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte reichten hin. Eine hauptamtliche Frauenbeauftragte, qualifiziert und entsprechend besoldet, scheint indes zwingend, soll sie die Interessen der Frauen mit Nachdruck wahrnehmen können. Der DGB-Kreis Ennepe-Ruhr unterstützt dieses Anliegen, des-gleichen die ÖTV-Kreisverwaltung. Der Personalrat der Stadt Witten hingegen stellt sich quer. Man befürchtet Eingriffe in bestehende Kompetenzbereiche. Was "die Gleichbehandlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bereich der Stadtverwaltung Witten" betreffe, die sehe man gewährleistet. Dem Personalrat obliege, "auf die Gleichstellung von Frau und Mann zu achten". Gegen eine "Kontaktstelle für alle ratsuchenden Bürgerinnen" hege man "grundsätzlich keine Bedenken". Man erachte jedoch "die im Stellenplanentwurf 1986 ausgewiesenen Vorschläge als vordringlicher".

Als die Stadt das Haus an der Bahnhofstraße im März letzten Jahres verkaufte, mußte das "Autonome Frauenzentrum", mußten die dort wohnenden Frauen weichen. Man wies ihnen mehrere Räume im ehemaligen Bürogebäude des Schlachthofs an der Schlachthofstraße, mit dem Hausfrauenbund unter einem Dach. Das Gebäude, ein alter, schmuckloser Kasten, soll demnächst einem neuen Finanzamt Platz machen.

Die Frauen erleben das Frauenzentrum als einen Hort, wo sie freimütig sprechen, planen, vorbereiten, träumen, phantasieren, albern.

Männer kommen ihnen nicht in dieses Frauenreich. Ihr gemeinsam empfundenes Wohlgefühl zu zeigen, das triste Backsteingemäuer ein wenig zu beleben, bemalten sie die Pfosten und Balken des Eingangs. Abwischen, befahl das Liegenschaftsamt, oder "in Abstimmung mit der Stadt" neu anstreichen. "Sie haben", so schrieb man, "ohne Erlaubnis der Stadt Witten als Eigentümerin und Vermieterin das ... Gebäude teilweise bunt angestrichen und in großen schwarzen Lettern mit der Aufschrift 'Autonomes Frauenzentrum' bemalt, wobei auch Farbtropfen auf die Bodenfliesen im Eingangsbereich gefallen sind." Das Gebäude mache jetzt einen unsaubereren und unansehnlichen Eindruck, worüber sich auch Nachbarn bereits beschwert hätten. Man setzte eine Frist, 9 Tage. Falls sich bis dahin nichts ändere und keine der Frauen sich äußere, sehe man sich gezwungen, "die erforderlichen Maßnahmen selbst auf Ihre Kosten vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen".

Am 18. Februar schickten die Frauen das Schreiben an den Stadtdirektor. Sie wollen wissen, ob der Drohbrief mit dessen Einverständnis verfaßt wurde.



Autonomes Frauenzentrum: Auch Farbtropfen auf die Bodenfliesen gefallen.